## Inhaltsverzeichnis

vorv	vort	•••••	V
Abki	ürzungs	sverzeichnis	XXV
Liter	aturver	rzeichnis	XXVII
1. K	apitel	Einleitung	. 1
2. K	apitel	Eingang der Anklage	. 3
§ 1.	Zustä	indigkeit	. 3
	I.	Örtliche Zuständigkeit	
		Sachliche Zuständigkeit	
	III.	Zuständigkeit besonderer Strafkammern	. 8
§ 2.	Zuste	ellen der Anklageschrift	. 8
	I.	Frist des § 201 StPO	. 9
		Erklärungen des Angeschuldigten	
	III.	Bestimmtheit der Anklage	
	IV.	Verteidiger	
		1. Bestellung eines Pflichtverteidigers	
		2. Wahlverteidiger	13
		3. Pflichtverteidigerwechsel	
		4. Weiterer Pflichtverteidiger	
	* 7	5. Sofortige Beschwerde	
	V.	Übersetzung der Anklage	
		Erforderlichkeit	
		2. Bomietodiei	
§ 3.		pefehl	
		Überwachung	
		Haftprüfung, Beschwerde	
		Erweiterung des Haftbefehls	
		Sechs-Monatsfrist (§ 121 StPO)	
§4.		neinsicht	
		Umfang	
	II.	Verfahren	22
§ 5.	Vorst	trafakten	23
§ 6.	Guta	chten	24
	I.	Behördengutachten	24
		Sachverständigengutachten	
§ 7.		nklage	
U		Voraussetzungen	
			_•

	II.	Verfahren 26
		Akteneinsicht
	IV.	Beiordnung eines Rechtsanwalts
§8.	Adhä	sionsverfahren
	I.	Antragsberechtigung 29
	II.	8-8-8-
	III.	
		Strafbefehlsverfahren
		Wirkung des Antrags 29 Vergleich 36
		Vergleich         36           Urteil         30
60		
§ 9.		andszeuge
§ 10.	Verde	eckte Ermittler
§ 11.	Term	inabsprache
	I.	Verteidiger 34
	II.	Staatsanwaltschaft und Nebenkläger
	III.	
		Dolmetscher
		Form
0.4.0		8
§ 12.	Erkul	ndigung nach dem Verteidiger
3. Ka	pitel	Vorbereitung der Hauptverhandlung 39
§ 13.	Festst	rellung des Streitstoffs
	I.	Bestreiten 39
		Geständnis
	III.	Teilgeständnis
§ 14.		hlanken der Anklage 4
		Einstellung gemäß §§ 154, 154a StPO
	II.	Abtrennung
§ 15.	Erört	erungstermin44
		Anordnung 44
		Beteiligte
		Form
		Inhalt
	V.	Protokoli
4. Ka	pitel	Eröffnungsbeschluss
§ 16.	Verfal	hren 4
§ 17.	Proze	sshindernisse
§ 18.	Recht	liche Würdigung
§ 19.		zung gemäß §76 GVG48
		santräge 40

		Inhaltsverzeichnis	IX
5. Kapitel Planung der Hauptverhandlung		Planung der Hauptverhandlung	51
§ 21.	Ladu	ng der Beteiligten	51
_	I.	Angeklagte	51
	II.	Verteidiger	51
		Zeugen	52
	IV.	Nebenkläger	52
	V.	Sachverständige	52
	VI.	Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter	52
§ 22.	Beset	zung	53
	I.	Berufsrichter	53
		Schöffen	53
		Verfahren	55
§ 23.	Bewei	isaufnahme	56
,		Zeugen	56
		Sachverständige	58
		Dolmetscher	59
		Urkunden	60
		Augenschein	62
		Ausschluss des Angeklagten	63
		Ausschluss der Öffentlichkeit	63
		Sicherungsverfügung	63
	_	Kommunikation vor der Hauptverhandlung	67
§ 24.		eratung mit den Schöffen	67
§ 25.	Begri	ißung	67
§ 26.	Pünk	tlichkeit	68
7. Ka	pitel	Leitung der Hauptverhandlung	69
			69
841.		Andlungsleitung des Vorsitzenden	
		Verhandlungsleitung durch den Vorsitzenden	69 60
	П.	Worterteilung/Entgegennahme von Anträgen	69 69
		1. Kein Recht auf jederzeitige Worterteilung/Antragstellung	09
		2. Kein Selbsthilferecht bei rechtswidrig verweigerter	70
		Worterteilung	70
		3. Unwirksamkeit von Anträgen und Erklärungen ohne	71
		Worterteilung	71
		· ·	72
		<ul><li>5. Sonderfall: Befangenheitsgesuche</li><li>6. Sonderfall: Anträge "zur Haftsituation"</li></ul>	73
			73 73
	111		73 73
		Wortentziehung	73 73
	1 V.		73 74
		Anwendung auch beim Strafrichter?	74 74
		Darlegung der rechtlichen Unzulässigkeit	74 75
		3. Darlegung einer Beschwer	13

		4. Keine Frist
		5. Wiederholte Beantragung einer Kammerentscheidung 7
		6. Beanstandung der Bestellung oder Entpflichtung eines
		Pflichtverteidigers
	V.	Verhandlungsleitende Anordnung durch das Gericht statt
		des Vorsitzenden
	VI	Zeitpunkt der Bescheidung von Anträgen
0.20		
§ 28.		munikation in der Hauptverhandlung 7
		Offene Kommunikation als Leitbild
	11.	Normative Anknüpfungspunkte der Kommunikation 7
		1. Erörterung des Verfahrensstandes gem. § 257b StPO 7
		2. Verhandlungsleitung des Vorsitzenden
		Initiativrecht
	IV.	Offene Kommunikation als Gegenstand der Besorgnis
		der Befangenheit
		1. Bewertung von Rechtsfragen
		2. Bewertung der Einlassung und Zeugenaussagen 8
		3. Wortwahl: "Geschädigte", "Verletzte", "Opfer" etc 8
		4. Ungefragte Nennung einer Straferwartung 8
		5. Anregen eines Geständnisses
		6. "Sanktionsschere"
		7. Einmischen in die Verteidigungsstrategie 8
		8. Unmutsäußerungen
		9. Kontakte mit Verfahrensbeteiligten außerhalb der
		Hauptverhandlung
	V.	Keine Verpflichtung zu offener Kommunikation
		1. Kein Anspruch auf eine Erörterung gem. § 257b StPO 8
		2. Gerichtliche Fürsorge und faires Verfahren
	VI.	Hinweispflicht bei Abweichen von der vorläufigen
	,	Bewertung der Sach- oder Rechtslage
0.20	G*4	5
§ <b>2</b> 9.		ngspolizeiliche Maßnahmen 8
		Sitzungsgewalt des Vorsitzenden
		Mitwirkung der Justizwachtmeister
	III.	Amtshilfe durch die Polizei
		1. Vermittlung durch die Gerichtsverwaltung 8
		2. Antrag der Verteidigung auf Entwaffnung der
		Polizeibeamten 8
	IV.	Entfernen von Zuhörern aus dem Sitzungssaal 8
		1. Entfernen auf der Grundlage des § 176 GVG 8
		2. Entfernen auf der Grundlage des § 177 GVG 8
		3. Räumung des Sitzungsaales 8
		4. Ausschluss der Öffentlichkeit wegen Störungen 9
		5. Verschließen des Sitzungssaales
	V.	Entfernen des Angeklagten aus dem Sitzungssaal
	**	1. Zuständigkeit
		2. Anwesenheit nicht unerlässlich 9
		3. Gelegenheit zur Äußerung zur Anklage

	Inhaltsverzeichnis	XI
	4. Spätere Wiederzulassung zur Hauptverhandlung	91
	5. Protokollierung	92
	Entfernen von Zeugen und Sachverständigen	92
	Entfernen des Verteidigers oder sonstiger Rechtsbeistände	92
	Protokollierung	92
	Ordnungshaft gem. § 177 GVG	93
Λ.	Ordnungsmittel wegen Ungebühr, § 178 GVG	93 93
	<ol> <li>Definition der Ungebühr</li></ol>	93 95
	Zustahdigkeit für die Sanktiomerung     Verfahren und Entscheidung	95 95
	4. Vollstreckbarkeit und Vollstreckung	98
	5. Besondere Probleme bei der Verhängung gegen Zuhörer	99
	a) Identitätsfeststellung	99
	b) Gezielte Störungen durch mehrere Zuhörer	101
	c) Ablehnung des Vorsitzenden durch den Zuhörer	102
	d) Heimliche Film- oder Tonaufnahmen durch Zuhörer	102
XI.	Ordnungsmaßnahmen gegen Verteidiger	104
	1. Ermahnung nach § 176 GVG	104
	2. Maßnahmen nach §§ 177, 178 GVG	104
	3. Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger	105
	a) Vorherige Abmahnung des Pflichtverteidigers	105
	b) Aufhebung der Bestellung zum Pflichtverteidiger	105
8. Kapitel	Auftakt der Hauptverhandlung	109
§30. Der e	rste Hauptverhandlungstag	109
§30. Der e	rste Hauptverhandlungstag	109 109
§30. Der e	rste Hauptverhandlungstag  Aufruf der Sache  Präsenzfeststellung	109
§30. Der e	Aufruf der Sache	109 109 111
§30. Der e	Aufruf der Sache Präsenzfeststellung  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten	109 109 111 111
§30. Der e	Aufruf der Sache	109 109 111 111 111
§30. Der e	Aufruf der Sache	109 109 111 111 111 112
§30. Der e	Aufruf der Sache.  Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls b) Erlass eines Haftbefehls	109 109 111 111 111 112 114
§30. Der e	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten.  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls. b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl.	109 109 111 111 111 112
§30. Der e	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen	109 109 111 111 111 112 114
§30. Der e	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls. b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl	109 109 111 111 111 112 114 114
§30. Der e	Aufruf der Sache	109 109 111 111 112 114 114 114
§ 30. Der e  I. II.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl 3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 4. Ausbleiben eines Schöffen	109 109 111 111 112 114 114 115 115
§30. Der e I. II.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls. b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl  3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 4. Ausbleiben eines Schöffen Hinzuziehung eines Dolmetschers	109 109 111 111 112 114 114 115 115
§30. Der e I. II. IV.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl  3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 4. Ausbleiben eines Schöffen Hinzuziehung eines Dolmetschers Entfernung der Zeugen	109 109 111 111 112 114 114 115 115
§30. Der e I. II. IV. V.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls. b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl  3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 4. Ausbleiben eines Schöffen Hinzuziehung eines Dolmetschers	109 109 111 111 112 114 114 115 115 115
§ 30. Der e  I.  II.  IV.  V.  VI.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl  3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 4. Ausbleiben eines Schöffen Hinzuziehung eines Dolmetschers Entfernung der Zeugen Antrag auf Entwaffnung hinzugezogener Polizeibeamter	109 109 111 111 112 114 114 115 115 115 116
§ 30. Der e  I.  II.  IV.  V.  VI.  VII.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten.  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls. b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl. d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl.  3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers. 4. Ausbleiben eines Schöffen Hinzuziehung eines Dolmetschers Entfernung der Zeugen Antrag auf Entwaffnung hinzugezogener Polizeibeamter. Fesselung des Angeklagten	109 109 111 111 112 114 114 115 115 115 116 117
§ 30. Der e  I. II.  IV. V. VI. VII. VIII.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls. b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl 3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 4. Ausbleiben eines Schöffen Hinzuziehung eines Dolmetschers Entfernung der Zeugen Antrag auf Entwaffnung hinzugezogener Polizeibeamter Fesselung des Angeklagten Anträge zur Sitzordnung	109 109 111 111 112 114 114 115 115 115 116 117 117
§ 30. Der e  I. II.  IV.  V.  VI.  VII.  VIII.  IX.  X.	Aufruf der Sache. Präsenzfeststellung.  1. Entschuldigtes Ausbleiben eines notwendigen Verfahrensbeteiligten  2. Unentschuldigtes Ausbleiben des Angeklagten a) Erlass eines Vorführungsbefehls b) Erlass eines Haftbefehls c) Alternative beim Amtsgericht: Strafbefehl d) Unentschuldigtes Ausbleiben nach Einspruch gegen Strafbefehl 3. Unentschuldigtes Ausbleiben des Verteidigers 4. Ausbleiben eines Schöffen Hinzuziehung eines Dolmetschers Entfernung der Zeugen Antrag auf Entwaffnung hinzugezogener Polizeibeamter Fesselung des Angeklagten Anträge zur Sitzordnung Entgegennahme eines Befangenheitsgesuchs	109 109 111 111 112 114 114 115 115 115 117 117 118

	XII.	Aussetzungsantrag wegen nicht rechtzeitiger Übersendung	120
	*****	einer neuen Anklageschrift	120
		Antrag auf Nichtverlesen des Anklagesatzes	121
		Aushändigung des Anklagesatzes an die Schöffen	122
		Verlesung des Anklagesatzes	123
	XVI.	Bekanntgabe der Erörterungen nach §§ 202a, 212 StPO	124
		1. Verständigungsbezogene Gespräche	124
		2. Umfang der Mitteilungspflicht	125
		"Opening Statement" des Verteidigers	126
		Aussetzungsantrag wegen Nichteinhaltung der Ladungsfrist	126
	XIX.	Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender	
		Akteneinsicht	126
		Antrag auf Zulassung eines Ehegattenbeistands	127
	XXI.	Zuständigkeitsrügen	127
		1. Rüge der sachlichen Unzuständigkeit (§ 6 StPO)	128
		2. Rüge der örtlichen Unzuständigkeit (§ 16 StPO)	128
		3. Zuständigkeit besonderer Strafkammern (§ 6a StPO)	128
	XXII.	Der Besetzungseinwand (§ 222b StPO)	129
		1. Entgegennahme des Besetzungseinwandes	129
		2. Entscheidung binnen 3 Tagen	129
		3. Zuständigkeit	129
		4. Antrag auf Unterbrechung zur Prüfung der Besetzung	130
		Belehrung des Angeklagten über seine Aussagefreiheit	130
		Vernehmung des Angeklagten zur Sache	130
		Antrag auf Ablösung des Sitzungsstaatsanwalts	131
	XXVI.	Auskunftsbegehren gegenüber Berufsrichtern und Schöffen	131
§31.	Verne	chmung des Angeklagten	132
	I.	Vernehmung des Angeklagten zur Person	132
		1. Gegenstand der Vernehmung	132
		2. Art und Weise der Vernehmung	133
	II.	Vernehmung des Angeklagten zur Tat	133
		Form der Einlassung	134
		Der schweigende oder bestreitende Angeklagte	137
		Schweigen und Beweiswürdigung	137
§32.		hrung früheren Einlassungen in die Hauptverhandlung	138
9 K	apitel	Beweisaufnahme	141
	•		
§ 33.		envernehmung, allgemein	141
	I.	Ausbleiben des Zeugen	141
		1. Ordnungsgeld, ersatzweise Ordnungshaft, und	
		Auferlegung Mehrkosten	141
		2. Vorführbefehl gegen den Zeugen	142
		3. Vollstreckung	142
		4. Rechtsmittel	143
	II.	Verzicht auf die Vernehmung eines Zeugen	143
		1. Vernehmungsverzicht bei erschienenem Zeugen	143

144   III. Umladung von Zeugen
IV. Antrag zur Sitzordnung bei der Zeugenvernehmung 144 V. Antrag auf Aufzeichnung der Zeugenaussage 146 VI. Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung bei zu später Namhaftmachung eines Zeugen 146 VII. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge 147 VIII. Notwendiger Verteidiger als Zeuge 147 IX. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen 148 X. Die Zeugenbelehrung 148 I. Ausführliche Belehrung eines Zeugen 148 2. Praktische Probleme 148 XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden 149 1. Vernehmung zur Person 149 2. Vernehmung zur Sache 149 3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden 150 a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln") 151 b) Förmliche Beanstandungen 152 XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten 153 2. Leitung durch den Vorsitzenden 153 2. Leitung durch den Vorsitzenden 154 a) Nicht zur Sache gehörende Fragen 154 b) Ungeeignete Fragen 155 c) Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten 154 a) Nicht zur Sache gehörende Fragen 155 d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorab- Kontrolle 155 e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts 156 4. Besondere Fallgestaltungen 156 b) Ausnutzen des Frageprivilegs 156 c) Wiederholungsfragen 157 d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann 157 e) Falsche Vorhalte 157 g) Den Zeugen überfordern 158
V. Antrag auf Aufzeichnung der Zeugenaussage 146 VI. Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung bei zu später Namhaftmachung eines Zeugen 146 VII. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge 147 VIII. Notwendiger Verteidiger als Zeuge 147 IX. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen 148 X. Die Zeugenbelehrung 148 1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen 148 2. Praktische Probleme 148 XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden 149 1. Vernehmung zur Person 149 2. Vernehmung zur Person 149 3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden 150 a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln") 151 b) Förmliche Beanstandungen ("Nörgeln") 151 c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung 152 XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten 153 1. Minderjährige Zeugen 153 2. Leitung durch den Vorsitzenden 154 3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten 154 a) Nicht zur Sache gehörende Fragen 154 b) Ungeeignete Fragen 155 c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen 155 d) Beschränkung des Fragerechts durch eine VorabKontrolle 155 e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts 156 4. Besondere Fallgestaltungen 156 a) Suggestiv- oder Fangfragen 156 a) Suggestiv- oder Fangfragen 156 c) Wiederholungsfragen 157 d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann 157 e) Falsche Vorhalte 157 f) Zeugen zur Rechtfertigung drängen ("Rollentausch") 157 g) Den Zeugen überfordern 158
VI. Antrag auf Aussetzung der Hauptverhandlung bei zu später Namhaftmachung eines Zeugen       146         VII. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge       147         VIII. Notwendiger Verteidiger als Zeuge       147         IX. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen       148         X. Die Zeugenbelehrung       148         1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen       148         2. Praktische Probleme       148         XI. Vernehmung der Zeugen durch den Vorsitzenden       149         1. Vernehmung zur Person       149         2. Vernehmung zur Sache       149         3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden       150         a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln")       151         b) Förmliche Beanstandungen       151         c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung       152         XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten       153         1. Minderjährige Zeugen       153         2. Leitung durch den Vorsitzenden       154         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         a) Nicht zur Sache gehörende Fragen       154         b) Ungeeignete Fragen       155         c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen       155
Namhaftmachung eines Zeugen         146           VII. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge         147           VIII. Notwendiger Verteidiger als Zeuge         147           IX. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen         148           X. Die Zeugenbelehrung         148           1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen         148           2. Praktische Probleme         148           XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden         149           1. Vernehmung zur Person         149           2. Vernehmung zur Sache         149           3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden         150           a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln")         151           b) Förmliche Beanstandungen ("Nörgeln")         151           c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung         152           XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten         153           1. Minderjährige Zeugen         153           2. Leitung durch den Vorsitzenden         154           3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten         154           a) Nicht zur Sache gehörende Fragen         154           b) Ungeeignete Fragen         154           b) Ungeeignete Fragen         155
VII. Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft als Zeuge       147         VIII. Notwendiger Verteidiger als Zeuge       147         IX. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen       148         X. Die Zeugenbelehrung       148         1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen       148         2. Praktische Probleme       148         XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden       149         1. Vernehmung zur Person       149         2. Vernehmung zur Sache       149         3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden       150         a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln")       151         b) Förmliche Beanstandungen       151         c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung       152         XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten       153         1. Minderjährige Zeugen       153         2. Leitung durch den Vorsitzenden       154         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         4. Die Stütlichter Fragen       154         b) Ungeeignete Fragen       154         c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen       155         c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen       155         d) Beschränkung des Fra
VIII. Notwendiger Verteidiger als Zeuge       147         IX. Die Vorbereitungspflicht des Zeugen       148         X. Die Zeugenbelehrung       148         1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen       148         2. Praktische Probleme       148         XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden       149         1. Vernehmung zur Person       149         2. Vernehmung zur Sache       149         3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden       150         a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen       151         b) Förmliche Beanstandungen       151         c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung       152         XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten       153         1. Minderjährige Zeugen       153         2. Leitung durch den Vorsitzenden       153         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         a) Nicht zur Sache gehörende Fragen       154         b) Ungeeignete Fragen       155         c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorabkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragere
IX. Die Zeugenbelehrung       148         X. Die Zeugenbelehrung       148         1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen       148         2. Praktische Probleme       148         XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden       149         1. Vernehmung zur Person       149         2. Vernehmung zur Sache       149         3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden       150         a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln")       151         b) Förmliche Beanstandungen       151         c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung       152         XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten       153         1. Minderjährige Zeugen       153         2. Leitung durch den Vorsitzenden       154         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         a) Nicht zur Sache gehörende Fragen       154         b) Ungeeignete Fragen       155         c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorabkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorabkomplexen       156         4. Besondere
X. Die Zeugenbelehrung       148         1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen       148         2. Praktische Probleme       148         XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden       149         1. Vernehmung zur Sache       149         2. Vernehmung zur Sache       149         3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden       150         a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln")       151         b) Förmliche Beanstandungen       151         c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung       152         XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten       153         1. Minderjährige Zeugen       153         2. Leitung durch den Vorsitzenden       154         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         4. Die Jugeeignete Fragen       154         b) Ungeeignete Fragen       154         b) Ungeeignete Fragen       155         c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorabkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorabkomplexen       156         4. Besondere Fallgestaltungen       156         a) Suggestiv- oder Fangfragen       156 </td
1. Ausführliche Belehrung eines Zeugen       148         2. Praktische Probleme       148         XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden       149         1. Vernehmung zur Person       149         2. Vernehmung zur Sache       149         3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden       150         a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln")       151         b) Förmliche Beanstandungen       151         c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung       152         XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten       153         1. Minderjährige Zeugen       153         2. Leitung durch den Vorsitzenden       154         3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten       154         4. Nicht zur Sache gehörende Fragen       155         b) Ungeeignete Fragen       155         c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorabkomplexen       155         d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorabkomplexen       156         4. Besondere Fallgestaltungen       156         a) Suggestiv- oder Fangfragen       156         b) Ausnutzen des Frageprivilegs       156         c) Wiederholungsfragen
2. Praktische Probleme
XI. Vernehmung des Zeugen durch den Vorsitzenden 149 1. Vernehmung zur Person 149 2. Vernehmung zur Sache 150 3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln") 151 b) Förmliche Beanstandungen 150 c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung 152 XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten 153 1. Minderjährige Zeugen 153 2. Leitung durch den Vorsitzenden 154 3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten 154 a) Nicht zur Sache gehörende Fragen 155 c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen 155 c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen 155 d) Beschränkung des Fragerechts durch eine VorabKontrolle 155 e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts 156 4. Besondere Fallgestaltungen 156 b) Ausnutzen des Frageprivilegs 156 c) Wiederholungsfragen 157 d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann 157 e) Falsche Vorhalte 157 g) Den Zeugen überfordern 158
1. Vernehmung zur Person
2. Vernehmung zur Sache
3. Abwehr der Störung der Befragung durch den Vorsitzenden a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln"). b) Förmliche Beanstandungen
a) Kommentare, Unmutsäußerungen und nichtförmliche Beanstandungen ("Nörgeln"). b) Förmliche Beanstandungen. c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung. 152 XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten. 153 1. Minderjährige Zeugen. 154 2. Leitung durch den Vorsitzenden. 154 3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten. 154 a) Nicht zur Sache gehörende Fragen. b) Ungeeignete Fragen. c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen. 155 d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorab-Kontrolle. 156 e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts. 156 4. Besondere Fallgestaltungen. 157 a) Suggestiv- oder Fangfragen. b) Ausnutzen des Frageprivilegs. c) Wiederholungsfragen. 157 d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann. e) Falsche Vorhalte. 157 f) Zeugen zur Rechtfertigung drängen ("Rollentausch"). 158
liche Beanstandungen ("Nörgeln") . 151 b) Förmliche Beanstandungen . 151 c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung . 152 XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten . 153 1. Minderjährige Zeugen . 153 2. Leitung durch den Vorsitzenden . 154 3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten . 154 a) Nicht zur Sache gehörende Fragen . 155 b) Ungeeignete Fragen . 155 c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen . 155 d) Beschränkung des Fragerechts durch eine VorabKontrolle . 155 e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts . 156 4. Besondere Fallgestaltungen . 156 a) Suggestiv- oder Fangfragen . 156 b) Ausnutzen des Frageprivilegs . 156 c) Wiederholungsfragen . 157 d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann . 157 e) Falsche Vorhalte . 157 g) Den Zeugen überfordern . 158
b) Förmliche Beanstandungen
c) Protokollierungsanträge während der Vernehmung XII. Ergänzende Befragung des Zeugen durch die Verfahrensbeteiligten
beteiligten
1. Minderjährige Zeugen
2. Leitung durch den Vorsitzenden
3. Zurückweisung von Fragen der Verfahrensbeteiligten  a) Nicht zur Sache gehörende Fragen  b) Ungeeignete Fragen  c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen  komplexen  d) Beschränkung des Fragerechts durch eine VorabKontrolle  e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts  4. Besondere Fallgestaltungen  3. Suggestiv- oder Fangfragen  4. Suggestiv- oder Fangfragen  5. Suggestiv- oder Fangfragen  5. Suggestiv- oder Fangfragen  6. Wiederholungsfragen  7. Suggestiv- oder Fangfragen  7. Suggestiv- oder Fangfragen  8. Suggestiv- oder Fangfragen  9. Suggestiv- oder Fangfragen  10. Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann  10. Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann
a) Nicht zur Sache gehörende Fragen 154 b) Ungeeignete Fragen 155 c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragen- komplexen 155 d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorab- Kontrolle 155 e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts 156 4. Besondere Fallgestaltungen 156 a) Suggestiv- oder Fangfragen 156 b) Ausnutzen des Frageprivilegs 156 c) Wiederholungsfragen 157 d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann 157 e) Falsche Vorhalte 157 g) Den Zeugen überfordern 158
b) Ungeeignete Fragen
c) Zurückweisung von Fragen zu bestimmten Fragenkomplexen
komplexen
d) Beschränkung des Fragerechts durch eine Vorab- Kontrolle
Kontrolle
e) Ultima-ratio: Entziehung des Fragerechts
4. Besondere Fallgestaltungen 156 a) Suggestiv- oder Fangfragen 156 b) Ausnutzen des Frageprivilegs 156 c) Wiederholungsfragen 157 d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann 157 e) Falsche Vorhalte 157 f) Zeugen zur Rechtfertigung drängen ("Rollentausch") 157 g) Den Zeugen überfordern 158
a) Suggestiv- oder Fangfragen
b) Ausnutzen des Frageprivilegs
c) Wiederholungsfragen
d) Schaffen von Aussagedruck durch einen Vorspann
e) Falsche Vorhalte
f) Zeugen zur Rechtfertigung drängen ("Rollentausch") 157 g) Den Zeugen überfordern
g) Den Zeugen überfordern
8) 8
XIII. Vereidigung/Nichtvereidigung des Zeugen
XIV. Entlassung des Zeugen
§34. Entfernung des Angeklagten während der Zeugenvernehmung 160
I. Ausschluss zum Schutz der Wahrheitsfindung

Inhaltsverzeichnis

XIII

	III. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des erwachsenen	1.00
	Zeugen	160
	IV. Ausschluss zum Schutz der Gesundheit des Angeklagten	161
	V. Unterrichtung des Angeklagten und Entlassung des Zeugen	161
	1. Zeitpunkt der Unterrichtung	161 161
	<ol> <li>Umfang der Unterrichtung</li> <li>Protokollierung</li> </ol>	161
	4. Bild-Ton-Simultan-Übertragung zur Unterrichtung des	101
	Angeklagten	162
	5. Fragerechts des Angeklagten	163
	6. Verhandlung über die Entlassung des Zeugen	163
	VI. Beweiserhebungen in Abwesenheit des Angeklagten	164
	VII. Erforderlich für den Ausschluss: Beschluss der Kammer	164
	VIII. Protokollbeispiel zur Veranschaulichung	165
§35.	Zeugnisverweigerungsrechte	166
	I. Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen,	166
	§ 52 StPO	166 166
	2. Problemfall: Das Verlöbnis	166
	II. Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen,	100
	§§ 53, 53a StPO	167
	1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweige-	
	rungsrecht	167
	2. Verteidiger, sonstige Rechtsanwälte, Steuerberater und Ärzte	167
	3. Geistliche	168
	III. Zeugnisverweigerungsrecht von Angehörigen des	
	öffentlichen Dienstes, § 54 StPO	168
	1. Keine Pflicht zur Belehrung über das Zeugnisverweige-	
	rungsrecht	168
	2. Aussage ohne Aussagegenehmigung	168
	3. Allgemeine Aussagegenehmigung für Polizeibeamte	168
	IV. Zeugnisverweigerung wegen Gefahr für Leib und Leben	168
	V. Zeugnisverweigerung und Beweiswürdigung	169
	1. Zeugnisverweigerung aus persönlichen Gründen, § 52 StPO	169
	2. Zeugnisverweigerung des Berufsgeheimnisträgers,	160
	§ 53 StPO	169
§36.	Auskunftsverweigerungsrecht, § 55 StPO	170
	I. Belehrung über das Auskunftsverweigerungsrecht	170
	II. Bestehen einer Verfolgungsgefahr	171
	III. Zeugenbeistand	173
	IV. Entscheidung über Auskunftsverweigerungsrecht	174
	V. Beweiswürdigung und § 55 StPO	174
§ 37.	Die unberechtigte Zeugnisverweigerung	175
	I. Auferlegung der Kosten und Ordnungsgeld, ersatzweise	
	Ordnungshaft	175
	II. Anordnung von Beugehaft	175

	Inhaltsverzeichnis >	ΚV
	III. Ordnungsmittel oder Beugehaft gegen lügende Zeugen	177
§ 38.	Bewertung von Zeugenaussagen	178
		178
		178
		179
	b) Sprachfluss, Satzbau, Ausdrucksweise: Lügen ist	
		179
	c) Körpersprache: 1	179
	2. Reaktion auf Nachfragen	179
	II. Hinweise gegen eine Lüge (Realkennzeichen)	180
	III. Ausschluss von Irrtümern und Suggestionen	181
	1. Mögliche Wahrnehmungsfehler	181
		182
	$\upsilon$	182
	4. Abrufen der Erinnerung: Vernehmung als gemeinsamer	
		182
§ 39.		182
		182
		184
	III. Ablehnung des Sachverständigen wegen Besorgnis der	
		184
		184
		184
		184
	~ C	184
		185 185
	5	185
		185
	IV. Schriftliches Vorgutachten	100
		187
		188
		188
§ 40.		188
840.		188
		188
		189
		189
	-,	189
	d) Mittelbare Einführung durch Zeugen oder	
		192
		192
		193
	4. Spurensicherungs-, Observations- und Durchsuchungs-	
	berichte	193

		5. Ortelle und gerichtliche Beschlusse als im Hindlick auf	
		§ 250 S. 2 StPO privilegierte Urkunden	193
		6. Vernehmungsergänzende Verlesung von Protokollen	
		und Schriftstücken	195
		a) Vernehmungsergänzende Vernehmung von	
		Schriftstücken	195
		b) Vernehmungsergänzende Verlesung von	
		Vernehmungsprotokollen	196
		c) Vernehmungsergänzende Einführung aufgezeich-	
		neter Vernehmungen	196
		7. Abschriften und Ablichtungen als Urkunden	197
		8. Fremdsprachige Urkunden	197
		9. Zweckmäßiger Zeitpunkt der Einführung von Urkunden	198
	ΙŢ	Augenscheineinnahme	198
	11.	Beispiele für den Augenschein	198
		2. Einnahme des Augenscheins durch das Gericht	199
		3. Einschalten eines Augenscheingehilfen	199
		4. Augenschein durch Sachverständige	199
		-	
§ 41.		irungsrechte nach §257 StPO	199
		Erklärungsrecht des Angeklagten	199
		Erklärungsrecht des Verteidigers	199
	III.	Zeitpunkt der Erklärung	200
	IV.	Bezug zur vorangegangenen Beweiserhebung	200
		Protokollierung	201
	VI.	Einlassung des Angeklagten im Rahmen der Erklärung	
		nach § 257 Abs. 1 StPO	201
	VII.	Verpflichtung des Gerichts zur Stellungnahme zu der	
		Erklärung?	202
	VIII.	Risiken für die Revision	202
§ 42.	Bewei	isanträge	202
3		Grundlagen	202
			203
	11.	Vorliegen eines Beweisantrags	203
		1. Antragsberechtigung	204
		2. Keine Wiederholung der Beweisaufnahme	
		3. Mündlich in der Hauptverhandlung	204
		4. Kein Schein-/Pseudobeweisantrag	205
		5. Schuld- und Straffrage	206
		6. Bezeichnung einer Beweistatsache	206
		7. Bezeichnung eines Beweismittels	206
		8. Konnexität zwischen Beweismittel und Beweistatsache	
		beim Zeugenbeweis	207
		a) Beweisthemenbezogene Konnexität	207
		b) Beweismittelbezogene Konnexität	208
		c) Beispiel für eine Ablehnung bei fehlender Konnexität	208
	III.	Reaktionsmöglichkeiten auf den Beweisantrag	209
	IV.	Wichtige Ablehnungsgründe	209
		1. Ablehnung wegen Unzulässigkeit der Beweiserhebung	209

		Inhaltsverzeichnis	XVII
	2.	Ablehnung wegen Offenkundigkeit der Beweistatsache	210
	3.	Ablehnung wegen Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache.	211
		a) Nichtanwendbarkeit bei präsenten Beweismitteln	211
		b) Indiztatsachen	211
		c) Beweisantrag zur Strafzumessung	212
		d) Sonderfall: Beweisanträge zu Vorstrafen	212
	4.	Ablehnung wegen Erwiesenheit der Beweistatsache	213
		Ablehnung wegen völliger Ungeeignetheit des Beweismittels	213
	٥.	a) Völlige Ungeeignetheit des Sachverständigenbeweises	213
		b) Völlige Ungeeignetheit des Zeugenbeweises	215
	6.	Ablehnung wegen Unerreichbarkeit des Beweismittels	215
	7.		215
		Ablehnung wegen Prozessverschleppung	215
		Ablehnung wegen Wahrunterstellung der Beweistatsache	213
	9.	Ablehnung eines Sachverständigengutachtens wegen	210
		eigener Sachkunde	218
		a) Nachweis der eigenen Sachkunde	218
	10	b) Grundlagen der eigenen Sachkunde	218
	10.	Ablehnung der Einholung eines weiteren Sachverständi-	220
		gengutachtens	220
	11.	Beweisantrag auf Vernehmung von Auslandszeugen	220
		a) Erreichbarkeit des Zeugen	220
		b) Klärung der Aussagebereitschaft	221
		c) Audiovisuelle Vernehmung oder kommissarische	
		Vernehmung des Zeugen im Aufenthaltsstaat	221
		aa) Audiovisuelle Vernehmung	
		bb) Kommissarische Vernehmung des Zeugen	222
		cc) Ungeeignetheit der audiovisuellen oder	
		kommissarischen Vernehmung	
		d) Anforderungen an den Ablehnungsbeschluss	
		e) Revisionsrechtliche Überprüfung	224
	12.	. Ablehnung eines Beweisantrags auf Vernehmung einer	
		Vielzahl von Zeugen	225
	13.	. Ablehnung eines Beweisantrages zu verbotenen	
		Vernehmungsmethoden, § 136 StPO oder zu sonstigen	
		Beweisverwertungsverboten	226
V.	Au	stausch des Beweismittels	226
	i.	Fallgruppen	227
		a) Austausch eines Zeugen durch einen anderen	227
		b) Austausch eines Zeugen durch Urkundsbeweis	227
		c) Austausch eines Zeugen durch Inaugenscheinnahme	227
		d) Austausch eines Zeugen durch ein Sachverständi-	
		gengutachten	228
		e) Austausch des Sachverständigen durch einen anderen	228
		f) Austausch des Augenscheinobjekts	
		g) Austausch des richterlichen Augenscheins	
	2.	Beschluss über Beweisantrag entbehrlich	
VI.		istsetzung für Beweisanträge	
		Voraussetzung der Fristsetzung	230

		2. Emmentione rusisetzung an ane verramensbeteingten	230
		3. Art und Weise der Fristsetzung	230
		4. Unmöglichkeit früherer Antragstellung	231
		5. Umgang mit verfristeten Beweisanträgen	231
		6. Erneute Fristsetzung nach weiterer Beweiserhebung	231
§ 43.	Selbs	tladungsrecht des Angeklagten	232
	I.	Interessenlage	232
		Verpflichtung des Gerichts zur Vernehmung der Beweisperson.	233
		1. Einhaltung der Vorschriften über die Selbstladung	233
		2. Erscheinen der Beweisperson im Termin	234
		3. Keine Ablehnung des Beweisantrags nach § 245 Abs. 2 StPO	234
	III.	Nach der Vernehmung: Antrag auf die Entschädigung aus	
		der Staatskasse (§ 220 Abs. 3 StPO)	234
	IV.	Sonderkonstellationen	234
		Unentschuldigtes Ausbleiben der Beweisperson	234
		2. Beweisperson erscheint trotz fehlender Entschädigung	236
		3. Entschädigung erweist sich im Termin als nicht ausreichend	236
		4. Unangekündigtes Erscheinen der Beweisperson	236
		5. Beweisperson auf einen ungünstigen Zeitpunkt geladen	236
		6. Ladung auf Termin nach Beendigung der Hauptverhandlung	237
		7. Zeuge kann aus Rechtsgründen nicht vernommen werden	238
		8. Der inhaftierte Zeuge	238
		9. Der nicht vorbereitete Sachverständige	238
			239
		10. Psychiatrischer Gutachter bei inhaftiertem Angeklagten	235
10. k	Capitel	Plädoyer und Urteil	241
§ 44.	Schlu	ssvortrag	241
Ü		Recht zum Schlussvortrag	241
	1.	Abwesende Verfahrensbeteiligte	241
		Als Zeuge vernommener Staatsanwaltschaft	241
	11	Pflicht zum Schlussvortrag	242
		Reihenfolge der Schlussvorträge	242
		Pflicht zum Ausschluss der Öffentlichkeit (§ 171b Abs. 3	272
	1	S.2 StPO)	242
	V	Ausreichende Vorbereitungszeit	242
		Aufzeichnung des Plädoyers der Staatsanwaltschaft	243
	V 11.	Eingriffe des Vorsitzenden in den Schlussvortrag	243
		1. Fallgruppen	243
		a) Zu lange Ausführungen/Redezeitbegrenzung	243
		b) Nicht zur Sache gehörende Ausführungen	244
		c) Herabsetzung anderer Verfahrensbeteiligter	244
		2. Art und Weise des Einschreitens	244
	VIII.	Recht auf Erwiderung	244
§ 45.	Letzte	es Wort des Angeklagten	245
	I.	Allgemeines	245
		Mehrere zum letzten Wort Berechtigte	245

		Inhaltsverzeichnis	XIX
		Grenzen des letzten Wortes	245 247
	V.	Sacheinlassung im letzten Wort	248 248
§ 46.		llsverkündung	250
<b>3</b>		Allgemeines	250
	II.	Die mündliche Urteilsbegründung	250
		Bewährungsbeschluss	252
	IV.	Fortdauerbeschluss zu Untersuchungshaft oder einstweili-	252
	V	gen Unterbringung	252 253
		Wiedereintritt in die Verhandlung nach Verlesung der	233
		Urteilsformel	253
	VII.	Beweisanträge bei der Urteilsverkündung	253
		1. Beweisantrag kurz vor der Urteilsverkündung	253
	3.7777	2. Beweisantrag während der Urteilsverkündung	254
	VIII.	Abwesenheit des Angeklagten oder des Verteidigers während der Urteilsverkündung	255
	IX	Rechtsmittelbelehrung	256
§ 47.		zumessung	256
847.		Regelstrafrahmen	256
		Minder schwerer Fall	256
		Besonders schwerer Fall	257
	IV.	Regelbeispiele	257
	V.	Konkrete Strafe	257
11. K	apitel	Besondere Verfahrenskonstellationen in der	
	•	Hauptverhandlung	259
§ 48.	Verha	andlungsunfähigkeit des Angeklagten	259
	I.	Arten der Verhandlungsunfähigkeit	259
		1. Verteidigungsunfähigkeit	259
	TT	2. Leibes- oder Lebensgefahr	260 260
	11.	Feststellung der Verhandlungsunfähigkeit	260
		Atteste des behandelnden Arztes	261
		3. Geltung von in dubio pro reo	261
		4. Mitwirkungslast des Ängeklagten	262
		5. Risiken einer Revision	262
		Beschlussbeispiel	263
§ 49.		neinsicht in der Hauptverhandlung	263
	I.	Aussetzungsantrag wegen verspäteter oder unzureichender	262
	Τĭ	Akteneinsicht	263 263
	11.	Kein allgemeiner Anspruch auf Aktenbeiziehung	264
		Kombination des Beiziehungsantrages mit weiteren	-01
		Anträgen	264

		3. Zuständigkeit für die Entscheidung	265
		4. Entscheidungskriterien	265
		5. Umfang der Beiziehung	265
		6. Unterbrechungs- und Aussetzungsantrag zur Durchsicht	
		beigezogener Akten	267
		7. Risiken für die Revision	267
		8. Aktenbeiziehung aufgrund eines Beweisantrages	268
§ 50.	Ausse	etzungsanträge	269
850.		-	269
		Allgemeines	
		Zuständigkeit	269
	111.	Einzelne Aussetzungsanträge	269
		1. Neu hervorgetretene Umstände (§ 265 Abs. 3 StPO)	269
		2. Veränderte Sachlage (§ 265 Abs. 4 StPO)	271
		3. Nicht mitgeteilte Anklageschrift/fehlende Übersetzung	
		(§ 201 Abs. 1 S. 1 StPO)	271
		4. Nicht rechtzeitige Übersendung einer neuen Anklage-	
		schrift (§ 207 Abs. 3 StPO)	272
		5. Nichteinhaltung der Ladungsfrist (§§ 217, 218 StPO)	273
		6. Verspätete oder unzureichende Akteneinsicht	274
		a) Entscheidungszuständigkeit	274
		b) Entscheidungskriterien	274
		c) Risiken für die Revision	276
		7. Anfechtung Sperrerklärung V-Person	276
	IV.	Anfechtung der Ablehnung des Aussetzungsantrages	277
§ 51.		ellungsanträge wegen eines Verfahrenshindernisses	277
851.			277
		Verweisung auf schriftliche Antragstellung	278
		Zeitpunkt der Entscheidung über den Einstellungsantrag	
	111.	Einzelne Einstellungsanträge	278
		1. Einstellung wegen medialer Vorverurteilung	278
		2. Einstellung wegen überlanger Verfahrensdauer	278
		3. Einstellung wegen dauerhafter Verhandlungsunfähigkeit	279
§ 52.	Ableh	nungsgesuch gegen Richter	279
	I.	Zulässigkeit des Ablehnungsgesuchs	279
		1. Statthaftigkeit	279
		2. Ablehnungsberechtigung	279
		3. Form des Ablehnungsgesuchs	280
		4. Begründung des Ablehnungsgesuchs	280
		5. Glaubhaftmachung der Tatsachen	281
		6. Keine entgegenstehende "Rechtskraft"	281
		7. Rechtzeitige Geltendmachung	282
			202
		8. Keine Verschleppungsabsicht oder Verfolgen	202
		verfahrensfremder Zwecke	283
	11.	Dienstliche Äußerung	283
		1. Entbehrlichkeit	284
		2. Bekanntgabe der dienstlichen Äußerung	285
		3. Inhalt der dienstlichen Äußerung	285

		Inhaltsverzeichnis	XXI
	III.	<ol> <li>Neue Ablehnungsgründe in dienstlichen Äußerungen</li> <li>Erklären/Entschuldigen in der dienstlichen Äußerung</li> <li>Zuständigkeit für die Bescheidung</li></ol>	285 285 286
		ters und der Schöffen bei Unzulässigkeit	286
		2. Entscheidung durch die Vertreterbesetzung	286
		3. Zusammensetzung der Vertreterbesetzung	286
		a) Ausschluss bei eigener Betroffenheit	287
		b) Sukzessive Ablehnung mehrerer Richter	287
		c) Gleichzeitige Ablehnung	287
		d) Namhaftmachung der zur Entscheidung berufenen	
		Richter	288
	IV.	Wartepflicht nach § 29 StPO	288
		1. Allgemeines	288
		2. Ende der Wartepflicht	289
	V.	Beweisaufnahme, Beweismaß und Beweislast	289
		1. Umfang der Beweisaufnahme	289
		2. Beweismaß	290
		3. Beweislast	290
§ 53.	Nacht	ragsanklage	290
	I.	Allgemeines	290
		Voraussetzungen für die Nachtragsanklage	291
		1. Form der Nachtragsanklage	291
		2. Inhalt der Nachtragsanklage	291
		3. Zuständigkeit	291
		4. Zustimmung des Angeklagten	291
		5. Ermessen des Gerichts	292
		6. Einbeziehungsbeschluss	292
		7. Protokollierung	292
		8. Folgen der Nichteinbeziehung	292
§ 54.	Öffen	tlichkeit der Hauptverhandlung	293
		Hauptverhandlungen im Gerichtsgebäude	293
		(Orts-)Termine außerhalb des Gerichtsgebäudes	293
		1. Hinweis auf Ort und Zeit des Ortstermin im Gerichts-	
		gebäude	293
		2. Hinweis am Ort des Ortstermins	294
		3. Zutritt für die Öffentlichkeit	294
		4. Zuspätkommen zum Ortstermin	295
	III.	"	
		wachsende	295
	IV.	Ausschließung der Öffentlichkeit	295
		1. Verhandlung über den Antrag auf Ausschluss der	
		Öffentlichkeit	296
		2. Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit	296
		a) Unterbringungsverfahren, § 171a GVG	297
		b) Schutz des persönlichen Lebensbereichs, § 171b	
		Abs. 1 bis 3 GVG	297

§ 55.	VI. Gege I. II.	c) Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 172 GVG  3. Beispiel für den Ausschluss der Öffentlichkeit während der Vernehmung des Opfers  4. Sonderfall: Erneute Vernehmung eines Zeugen  5. Gegenvorstellungen gegen den Ausschluss der Öffentlichkeit Ausschluss polizeilicher Prozessbeobachter  Mitschreiben durch Zuschauer  nvorstellung  Allgemeines zur Gegenvorstellung  Bescheidung der Gegenvorstellung  1. Begründung mit einer abweichenden Würdigung  2. Geltendmachung neuer/abweichender Tatsachen  Anordnung der schriftlichen Antragstellung, § 257a StPO	299 301 301 302 302 303 304 304 305 305
12. K	Capitel	Protokollierung der Hauptverhandlung	307
<b>§ 56.</b>	Das F	Iauptverhandlungsprotokoll	307
3 50.		Diktat in das Hauptverhandlungsprotokoll	307
		Protokollierung von Anträgen und Erklärungen	308
	11,	1. Allgemeines	308
		2. Anträge und Erklärungen ohne vorherige Worterteilung	309
§ 57.	Umga	ing mit Protokollierungsanträgen	309
3011	_	Antrag auf Protokollierung der gesamten Zeugenaussage	309
		Antrag auf Protokollierung eines Teils der Zeugenaussage	310
	11.	Entgegennahme und Bescheidung des Antrags	311
		Häufung von Protokollierungsanträgen	311
		3. Zulässigkeit des Antrags auf wörtliche Protokollierung	312
		4. Probleme der Protokollierung	312
		5. Verfahren der wörtlichen Protokollierung	312
		6. Ablehnung des Protokollierungsantrages	312
		Antrag auf Protokollierung einer Inaugenscheinnahme	313
	IV.	Protokollierung eines Vorgangs in der Hauptverhandlung	313
§ 58.	Aufna	hme anfechtbarer oder zu vollstreckender Beschlüsse	
		Protokoll	314
		Der Normalfall	314
		Sonderfall: Vollstreckbare oder anfechtbare Beschlüsse	315
	III.	Sonderfall: Ordnungsmittelbeschluss wegen Ungebühr nach	
		§ 178 GVG	316
§ <b>59</b> .	Inhalt	sprotokoll beim Amtsgericht	317
13. K	apitel	Besondere Verfahren	319
§ 60.	Besch	leunigtes Verfahren	319
§61.	Straft	pefehlsverfahren	320
-		Zulässigkeit	320
		Entscheidung des Gerichts	321
		Rechtsmittel	322

	Inhaltsverzeichnis	XXIII
IV.	Ausbleiben des Angeklagten	322
	Strafbefehl nach Eröffnung des Hauptverfahrens	323
14. Kapitel	Bewährungsüberwachung	325
§ 62. Vorai	ussetzungen und Durchführung der Strafaussetzung	325
I.	Voraussetzungen der Strafaussetzung	325
	Bewährungszeit	
	Auflagen	325
	64 Weisungen	326
	Bewährungshilfe	
VI.	Nachträgliche Änderung	326
VII.	Widerruf der Strafaussetzung	326
VIII.		
IX.	Zuständigkeit	
Anhang 1	Grober Fahrplan – Ablauf der Hauptverhandlung	329
Anhang 2	Prüfungsschema für Beweisanträge	335
Anhang 3	Übersicht Strafrahmenverschiebung gem. § 49 Abs. 1	
	StGB	337
Anhang 4	Tenorierungen	339
Stichwortve	erzeichnis	343